Kolja Lindner

25 Jahre „Marche des Beurs“: Kämpfe der Migration im Frankreich der 1980er Jahre und heute

Für Samira Alouache

Frankreich scheint auch im 21. Jahrhundert eines der westeuropäischen Länder zu bleiben, in dem Kämpfe der Migration nicht nur zahlreich, sondern auch relativ erfolgreich sind. Der vorliegende Beitrag vergleicht nach 25 Jahren die Bedingungen und Ergebnisse einer in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzenden sozialen Bewegung von ImmigrantInnen in Frankreich mit denen von aktuellen Kämpfen.

Am 3. Dezember 1983 endete mit etwa 80.000 TeilnehmerInnen in Paris ein „Marsch für die Gleichheit und gegen den Rassismus“, der sechs Wochen zuvor vom südfranzösischen Marseille aus gestartet war, halb Frankreich durchquert hatte und für eine ganze Generation von Einwandererkindern zum Sinnbild geworden ist. Zunächst mit nur gut 20 TeilnehmerInnen gestartet, in den ersten zwei Wochen lediglich von antirassistischen AktivistInnen empfangen bzw. beherbergt und während der Etappen mit rassistischen Schmähungen überzogen, wächst der Marsch ab Lyon immer weiter an. Nunmehr werden die TeilnehmerInnen bei ihren von Diskussionsrunden und Feiern geprägten Etappenzielen von Verbänden und PolitikerInnen empfangen und genießen ausführliche Presseberichterstattung. An der Pariser Abschlussdemonstration beteiligen sich schließlich selbst Kabinettsmitglieder, und eine Delegation wird vom Präsidenten empfangen (vgl. Bouamama 1994: 62-67). Die kurzerhand auch „Marche des Beurs“ genannte Bewegung ist der Höhepunkt antirassistischer Mobilisierungen jenseits des Rheins Anfang der 1980er Jahre und mittlerweile zum Synonym für kollektive Handlungsfähigkeit der so genannten zweiten Generation nordafrikanischer ImmigrantInnen in Frankreich geworden. Mit dieser Bewegung traten zugleich erstmals die aus den ehemaligen französischen Kolonien des Maghrebs kommenden Bevölkerungsteile massenmedial massiv in die Öffentlichkeit.

Im Folgenden soll nach einer kurzen Begriffsklärung zunächst durch die Rekonstruktion ihres sozialen und politischen Kontextes sowie die

PERIPHERIE Nr. 114/115, 29. Jg. 2009, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 304-324

Herausarbeitung ihrer Einsätze ein Rückblick auf die „Marche des Beurs" unternommen werden. Daran anschließend will ich nach Erfolgen und Versäumnissen der Bewegung fragen, um dann auf die aktuellen Kämpfe von ImmigrantInnen in Frankreich und ihre Unterschiede im Vergleich zum Aufbruch vor 25 Jahren einzugehen. Meine These ist dabei, dass Konstellationen, die durch die Bewegung Anfang der 1980er Jahre entstanden sind, auch gegenwärtige migrantische Kämpfe beeinflussen, wie sie sich v.a. im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in den Vororten (*banlieues*) äußern. Zudem stellen sich bisweilen immer noch die gleichen Fragen – auch wenn sich der soziale und politische Kontext nicht zuletzt durch das Agieren des ehemaligen Innenministers und heutigen Präsidenten Nicolas Sarkozy deutlich verschoben hat. Abschließend sollen daher Strategien antirassistischer Kämpfe heute erörtert werden.

„Beurs": neue Akteure in den Kämpfen der Migration

Der Ausdruck „beur" geht auf den zweifachen Gebrauch der silbenverdrehenden, vorrangig im Pariser Raum gesprochenen Jugendsprache *verlan* (*à l'envers* = umgekehrt) zurück (aus *arabe* wird *rebe* und schließlich *beur*). Wie die Migrationsforscher Catherine Wihtol de Wenden und Rémy Leveau hervorheben, bezeichnet „beur"

> „neue soziale Akteure (Kinder mit nordafrikanischem Migrationshintergrund, die in Frankreich leben und den Weg der Integration, und sei es der konflikthaften, wählen), einen jugendlichen Stil, eine offene Art, sich innerhalb der französischen Gesellschaft zu verorten. Es handelt sich um mehr als eine Gruppe: einen Geisteszustand (*état d'esprit*), aber auch eine Art sich auszudrücken: Musik, Tanz, Theater, Kino und Literatur gehören dazu" (Wihtol de Wenden & Leveau 2007: 56f).

Dass das Wort „beur" heute einen festen Platz in der französischen Sprache hat, liegt – trotz seiner Umstrittenheit in der Bewegung selbst[1] – daran, dass es einen neuen sozialen Akteur bezeichnet, der mit der „Marche" erstmals größere öffentliche Aufmerksamkeit erreichte. Dass die TrägerInnen der Bewegung auch als „génération des beurs" zusammengefasst werden, geht, wie die Sozialwissenschaftler Stéphane Beaud und Olivier Masclet hervorheben, nicht zuletzt darauf zurück, dass ihr biographischer Hintergrund eine gewisse Homogenität aufweist. Ihre überwiegend nach dem algerischen Unabhängigkeitskrieg eingewanderten Väter arbeiteten oftmals als ungelernte Arbeiter in der Industrie oder auf dem Bau, während ihre Mütter bevorzugt aus ländlichen Gegenden kamen, vielfach Analphabetinnen waren und sich oft erst Jahre nach ihren Männern im Rahmen der Familienzusammenführung

in Frankreich niederließen. Ihre Kinder waren häufig noch in den nordafrikanischen Ländern geboren und besaßen folglich nicht die französische Staatsbürgerschaft (vgl. Beaud & Masclet 2006: 817).

Wenn heute von „beurs" gesprochen wird, ist damit zweierlei gemeint. Mit dem Begriff betonen erstens die in Frankreich aufwachsenden Kinder von ImmigrantInnen aus dem nördlichen Afrika ihren biographischen, sozialen und politischen Unterschied gegenüber der Generation ihrer Eltern. Zweitens ist „beur" nicht nur mit einer kulturell-geographischen (Maghreb), sondern auch mit einer sozial-räumlichen Realität verbunden – der der französischen Vorstädte (vgl. Durmelat 1998: 198f). Letztere ist für die Bewegung der „Marche" gegenüber der Forderung nach Anerkennung ethnischer Differenz oder gar der Frustration über ausbleibenden sozialen Aufstieg von entscheidender Bedeutung (vgl. Jazouli 1986: 36).

Der soziale und politische Kontext der „Marche des Beurs"

Das gesellschaftliche Klima, in dem es zum Aufbruch der Bewegung kommt, ist bezüglich der Situation von ImmigrantInnen von verschiedenen Diskriminierungsmomenten geprägt. Zunächst sind die restriktiven Einwanderungsgesetze zu nennen. Können sich bis 1974 Menschen aus den ehemaligen französischen Kolonien frei zwischen ihren Herkunftsländern und Frankreich bewegen, führt Staatssekretär Lionel Stoléru ab 1978 befristete Aufenthaltsgenehmigungen für sie ein und will unter anderem mittels so genannter Rückkehrprämien die Ausreise von 100.000 ImmigrantInnen pro Jahr erreichen (vgl. Weil 2004: 158ff). Der Migrationsforscher Patrick Weil hält für Stolérus Amtszeit fest, dass in dieser „das öffentliche Handeln vollständig auf dem Vorurteil der 'Nicht-Assimilierbarkeit' der nordafrikanischen Immigration an die französische Nation aufgrund kultureller oder religiöser Herkunft beruhte" (Weil 1995: 99). 1981 treten zwei Geistliche aus Lyon, Christian Delorme und Jean Costil, sowie ein von der Abschiebung bedrohter Algerier, Hamid Boukhrouma, in den Hungerstreik. Ihr Ziel ist, die Ausweisungen von Jugendlichen mit nordafrikanischen Pässen, die entweder in Frankreich geboren sind oder den größten Teil ihres bisherigen Lebens dort zugebracht haben, zu beenden. Da die Aktion in die heiße Phase des Präsidentschaftswahlkampfes fällt und viel öffentliche Aufmerksamkeit erregt, sind die Kandidaten gezwungen, sich zu diesem Thema zu positionieren. Der Sozialist François Mitterrand verspricht, als Präsident der Forderung nachzukommen – und hält Wort. Nach dem Sieg der Linken bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai und Juni 1981 wird im September desselben Jahres ein Gesetz verabschiedet, das verschiedene Gruppen von

bereits lange in Frankreich lebenden EinwanderInnen vor der Ausweisung schützt. Zusätzlich erhalten 130.000 illegalisierte ImmigrantInnen einen Aufenthaltstitel. Außerdem wird die von der Vorgängerregierung eingeführte Rückkehrprämie abgeschafft und Menschen ohne französische Staatsbürgerschaft Vereinigungsfreiheit gewährt.[2] Die Maßnahmen sind innerhalb der politischen Gruppen, die zum Thema Migration arbeiten, jedoch stark umstritten, nicht zuletzt, da das von Mitterrand im Wahlkampf versprochene Kommunalwahlrecht für Menschen ohne französischen Pass auf sich warten lässt. Zudem sind illegalisierte ArbeitsmigrantInnen weiterhin von Ausweisungen bedroht, und es wird an dem Prinzip der Abschiebung von straffällig gewordenen EinwanderInnen (*double peine*) festgehalten (vgl. Bouamama 1994: 44f; Mathieu 2006: 114ff). Dennoch ist die Hoffnung in den sozialistischen Präsidenten groß, bzw. bleibt aus dem Jahr 1981 der Eindruck zurück, mit dem Hungerstreik erfolgreich gewesen zu sein.

Neben repressiven Einwanderungsgesetzen ist das gesellschaftliche Klima Anfang der 1980er Jahre in Frankreich für ImmigrantInnen von fortwährender sozialer, ökonomischer und politischer Ausgrenzung durch Schul- und Wohnungspolitik, Arbeitslosigkeit, diskriminierendem Umgang von Polizei und Justiz etc. geprägt (vgl. Jazouli 1986: 45ff). Vor allem in den *banlieues* und ihren Wohnsiedlungen (*cités*) überlagern sich verschiedene Formen von Diskriminierung wie in einem Brennglas.

Masclet hat in seiner bemerkenswerten Studie über das Verhältnis der Linken zu den BewohnerInnen der Vororte nachgezeichnet, wie diese Verdichtung sozialen Ausschlusses entstanden ist. Seit den 1950er Jahren kann eine „unglückliche Koinzidenz von städtischer Modernisierung und dem Erstarken der Immigration" (Masclet 2003: 21) konstatiert werden. In den industriell geprägten Vorstädten regiert oftmals die Kommunistische Partei (PCF), die auf französische FacharbeiterInnen und Angestellte fixiert ist und sich stets um die Verbesserung der Lebensbedingungen der eigenen WählerInnenschaft bemüht. Die zugezogenen nordafrikanischen und portugiesischen ArbeitsmigrantInnen erscheinen so als TrägerInnen neuer proletarischer Verelendungsprozesse. Die GemeindepolitikerInnen des PCF mobilisieren daher „wenn auch nicht gegen die Immigranten, so doch mindestens gegen die Bedrohung, die sie darstellen" (ebd.: 30). Begünstigt durch Interessen des französischen Kapitals und des Grundbesitzes sowie durch präfekturale Auflagen und nationale Richtlinien kommt es daher zu räumlichen Segregationsprozessen. Zunächst in den von Gemeindeverwaltungen bekämpften Elendsvierteln ohne Strom- und Wasserversorgung untergebracht, werden die ArbeitsmigrantInnen in Transit-Unterkünfte umgesetzt, um schließlich in den für das französische Proletariat gebauten, von diesem

aber seit den 1970er Jahren zunehmend verlassenen Sozialwohnungsblöcken einquartiert zu werden. Dieser Prozess einer „Ethnisierung des Niedergangs“ (ebd.: 88), der durch die zunehmende Ausdifferenzierung proletarischer Lebenswelten sowie den Niedergang der klassischen ArbeiterInnenbewegung und ihrer sozialen Strukturen bestärkt wird, stellt den Hintergrund für die im Sommer 1981 erstmals auftauchenden *rodéos* dar. Dabei stehlen Jugendliche (und zwar nicht nur solche mit Migrationshintergrund) Autos, fahren mit ihnen herum und brennen sie schließlich ab – ein Ausdruck „stummer Wut“ (Jazouli 1986: 39), die in der Öffentlichkeit gerade deswegen mit Angst besetzt ist, weil sie von keiner klar umrissenen sozialen oder politischen Kraft getragen wird (vgl. ebd.: 84ff). Gleichzeitig stehen diese Aktionen für einen resignativen Umgang mit der Ausgrenzung und sozialen Desorganisation, die VorstadtbewohnerInnen im zeitgenössischen Frankreich erfahren und erleiden (vgl. Dubet & Lapeyronnie 1992: 112-123). Die „Marche des Beurs“ wird demgegenüber gerade durch ihren fordernd-festiven Charakter der Resignation eine Absage erteilen.

Schließlich ist noch ein dritter Zusammenhang entscheidend für den Aufbruch der Bewegung: die unmittelbare rassistische Gewalt, der vor allem Jugendliche aus nordafrikanischen Familien in den 1980er Jahren zum Opfer fallen. Zwischen 1980 und 1985 werden 130 rassistische Morde begangen – sanktioniert durch sehr milde bis verschwindend geringe Strafen.[3] Zudem lässt sich bereits knapp zwei Jahre nach dem Wahlsieg der Sozialistischen Partei (PS), die sich weder mit der ursprünglich geplanten Einführung der fünften Woche Jahresurlaub noch mit der 35-Stunden-Woche gegen das Kapital hat durchsetzen können, ein „Abgleiten der politischen Debatte, welche keine glaubhaften sozialen Versprechen mehr anzubieten hat, auf das Terrain des ‘Immigrationsproblems’“ (Schmid 1998: 184) beobachten. Bestärkt von langen und harten Streiks in der Automobilindustrie im Großraum Paris, in denen ArbeiterInnen aus Nordafrika in vorderster Reihe stehen, setzt sich in der französischen Öffentlichkeit eine zunehmend ethnisierte Wahrnehmung sozialer Konflikte durch. Bei den Kommunalwahlen im März 1983 erzielt der gut zehn Jahre zuvor gegründete rechtsextreme *Front National* (FN) in einzelnen Wahlbezirken erstmals ansehnliche Ergebnisse, so etwa im 20. *Arrondissement* von Paris, wo der Parteivorsitzende Jean-Marie Le Pen 11,26 % der Stimmen erhält, wobei das landesweite Wahlergebnis mit 0,11 % sehr schwach bleibt (vgl. ebd.: 183ff). Zusammen mit rassistischer Polizeigewalt, die im Sommer 1983 wiederum in den Lyoner Vorstädten einen Höhepunkt erreicht und erneut zur Organisation eines Hungerstreiks unter abermaliger Beteiligung des Geistlichen Delorme führt, verfestigt der Aufstieg des FN bei den Betroffenen die Wahrnehmung, dass sie nicht als Teil

der französischen Gesellschaft angesehen werden und ihre Rechte politisch erkämpfen müssen (vgl. Jazouli 1986: 89ff und 113ff; Negrouche 1992: 45f).

Reichweite, Autonomie und Emanzipation: die Einsätze der Bewegung

Mit der vor diesem Hintergrund aufkommenden Idee einer landesweiten Demonstration brechen die OrganisatorInnen der „Marche" in mehrerlei Hinsicht mit hergebrachten politischen Aktionsformen. Ihr Handeln steht nicht nur für das Ausbrechen aus der Sprachlosigkeit und Anonymität, sondern zugleich für das Überwinden der bisher dominierenden, ausschließlich lokalen oder regionalen Organisation der antirassistischen Bewegung (vgl. Abdallah 2000: 74f; Jazouli 1986: 173ff).

Die Frage, ob MigrantInnen sich autonom organisieren sollten oder ihre „herkunftsfranzösischen" UnterstützerInnenkreise in gleichem Maße an der Bewegung teilhaben dürften, war von Anbeginn eine Spaltungslinie bei der Organisation der „Marche" (vgl. Bouamama 1994: 61):

> „Das Organisationsspektrum der Marche ist von Beginn an in zwei Pole geteilt, was einen der Akteure der Bewegung zu der Aussage hingerissen hat, dass es faktisch 'zwei Märsche in einem' gab: für den ersten, ethisch-moralischen, treten die christlichen Aktivisten und Jugendliche wie Toumi Djaïdja ein; der zweite setzt sich aus radikaleren Kräften zusammen, die versuchen, eine eigene Sprache der Immigranten und ihrer Kinder zu finden" (Beaud & Masclet 2006: 815; vgl. auch Abdallah 2000: 67).

Die zunächst „konfliktgeladene Solidarität" (Jazouli 1986: 121) zwischen diesen beiden Positionen weicht vor allem nach dem Ende der „Marche" und den darauf folgenden Organisationsversuchen einer offenen Spaltung (vgl. Mathieu 2006: 134). Im Juni 1984 kommen rund vierhundert Jugendliche, die etwa fünfzig Gruppen repräsentieren, in Lyon zusammen, um über gemeinsame Probleme, Forderungen und weitere Aktionsmöglichkeiten zu diskutieren (*assises nationales*). An Differenzen in der Frage der Autonomie und der mit den jeweiligen Positionen verbundenen Aktionsformen zerbricht das Bündnis. Die im Herbst 1984 lancierte Organisation *Convergence 84 pour l'égalité* bzw. der von dieser organisierte landesweite Motorroller-Korso kann bei weitem nicht mehr so viele TeilnehmerInnen mobilisieren wie ein Jahr zuvor der „Marsch für die Gleichheit und gegen den Rassismus". Vor allem die Abwesenheit der Jugendlichen aus den Vororten macht sich bemerkbar; getragen wird die Aktion schwerpunktmäßig von innerstädtischen AntirassistInnen (vgl. Bouamama 1994: 105ff; Dubet & Lapeyronnie 1992: 164ff). In seiner handlungstheoretisch orientierten

Analyse der „beur"-Bewegung hebt der Sozialwissenschaftler Adil Jazouli hervor, dass die Forderung nach Autonomie nicht mit dem Aufrufen einer ethnischen Identität verwechselt werden darf. Vielmehr werde ein solidarisches Handlungsprinzip beschworen – in Zeiten, in denen sich resignativ-nihilistische Aktionsformen wie die *rodéos* am Horizont als Alternative zu explizit politischem Handeln abzuzeichnen beginnen:

> „Der Aufruf zur Schaffung und Entwicklung kollektiven Handelns von Jugendlichen der nordafrikanischen Immigration kann nicht ausschließlich auf der voluntaristischen Grundlage eines Willens zur Integration geschehen, die weder in kulturellen Begriffen noch in solchen des mit ihr einhergehenden sozialen und politischen Konflikts gedacht wird. [...] Die Analyse lässt diesen Aufruf zur Errichtung der Gemeinschaft als notwendige Entsprechung zu einer kollektiven Aktion erscheinen, deren Sinn nicht Assimilation, sondern konfliktgeladene Integration ist" (Jazouli 1986: 159).

Die Auseinandersetzungen um Autonomie sind trotz der Neuartigkeit der „Marche des Beurs" ein Kontinuitätsfaktor in den sozialen Bewegungen von MigrantInnen in Frankreich. Nicht nur bei dem Hungerstreik von 1981 war die Spaltungslinie zwischen nach ihrem Gewissen handelnden TeilnehmerInnen und von Rassismus Betroffenen deutlich wahrnehmbar (vgl. Mathieu 2006: 106f). Bereits in den 1970er Jahren gründete sich die Organisation *Mouvement des Travailleurs Arabes*, mit der arabische ArbeitsmigrantInnen auf die Unfähigkeit der Gewerkschaften reagierten, ihre z.T. außerhalb der Fabrik geführten Klassenkämpfe aufzugreifen (vgl. Hajjat 2006: 80).

Neben einer Erneuerung der Aktionsformen und der Frage der Autonomie liegt der Einsatz der „Marche"-Bewegung in einem sich erstmals seit dem algerischen Unabhängigkeitskrieg profilierenden Bündnis zwischen den Nachkommen der *harkis*, d.h. der AlgerierInnen, die – freiwillig oder gezwungen – mit der Kolonialmacht zusammenarbeiteten und bei der Unabhängigkeit 1962 von der französischen Armee mit nach Frankreich gebracht wurden, und derjenigen, die die französische Kolonialmacht aktiv bekämpft haben oder ihr zumindest indifferent gegenüberstanden.[4] Die Kinder der AlgerierInnen, gleich auf welcher Seite ihre Eltern in den kolonialen Auseinandersetzungen standen, trifft im Frankreich der 1970er und 1980er Jahre der gleiche Rassismus. Dagegen kollektiven politischen Protest zu organisieren, zeigt dabei zugleich, wie sehr sich die „zweite Generation" von der Idee einer Rückkehr in den Maghreb verabschiedet hat (vgl. Beaud & Masclet 2006: 819f).

Zwei weitere Einsätze der „Marche" in Bezug auf das politische System bzw. die politische Kultur in Frankreich sind schließlich zu nennen. Durch die ethnisch-soziale Selbstbezeichnung „beur" bricht ein Großteil der Bewegung

mit klassisch republikanischen Politikmustern: Es wird eine Gruppenzugehörigkeit herausgekehrt, wo das französische Integrationsmodell gerade deren Auflösung vorsieht (vgl. Ruß 2009: 76ff). Außerdem hält sich die „Marche" an keine bereits der länger bestehenden politischen Organisationen, was unter anderem auch daran liegt, dass diese seit den 1970er Jahren aufgrund ihres Ursprunges in den personell zunehmend schrumpfenden Industrien im Rückzug begriffen sind (vgl. Jazouli 1986: 195).

Erfolge, Versäumnisse, Vereinnahmung

Der winterliche Demonstrationsmarathon des Jahres 1983 kann zumindest einen unmittelbaren Erfolg verzeichnen. Im Mai 1984 wird ein Gesetz verabschiedet, das einen zehnjährigen Aufenthaltstitel für ImmigrantInnen vorsieht, die sich bereits seit drei Jahren legal in Frankreich aufhalten (vgl. Abdallah 2000: 65). Allerdings, so hebt Bouamama hervor, bleibt bei den AktivistInnen ein schaler Nachgeschmack: Die Lesung in der Nationalversammlung findet vor leeren Bänken statt, da sich lediglich zehn Abgeordnete eingefunden hatten. Zudem beschließt der Ministerrat im Oktober 1984 eine Verschärfung der Regelung zur Familienzusammenführung, nach der diese künftig nur zulässig ist, wenn die Antragssteller über genügend Ressourcen und Wohnraum verfügen – zwei für Arbeitsmigranten sehr delikate Punkte (vgl. Bouamama 1994: 79f). Nimmt man das ebenfalls 1984 beschlossene Gesetz zur Strafverschärfung bei nachweislich rassistischer Motivation von Verbrechen, die Erweiterung des Abschiebeapparats bzw. die Erhöhung des Verfolgungsdrucks gegen Illegalisierte und die verstärkte Abschottung der Mittelmeergrenze hinzu,[5] profiliert sich in den Reaktionen auf die „Marche des Beurs" eine Reorganisation der Regulation von Immigration: Menschen, die vor der Schließung der Grenzen 1974 eingewandert sind, sollen Teil der Gesellschaft werden können, während irreguläre ImmigrantInnen um so stärker bekämpft werden (vgl. Weil 2004: 193-228). Das Scheitern der antirassistischen Bewegung beginnt dort, wo sie der Unterscheidung zwischen den „rechtmäßigen" StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund auf der einen und den Illegalisierten auf der anderen Seite aufsitzt (vgl. Abdallah 2000: 63f).

Gravierender als die Ambivalenz des institutionell durch die „Marche des Beurs" Erreichten ist auf der Ebene der selbstbestimmten Handlungsfähigkeit der Bruch der „génération des beurs" mit ihren Eltern. *Einerseits* wirkt sich die Vernachlässigung der Kontinuität von migrantischen Kämpfen in Frankreich fatal aus. Anders als die Sozialwissenschaftlerin Manuela Bojadžijev behauptet, kann gerade nicht davon ausgegangen werden, dass

die Bewegung der „Marche“ „sich durch ein hohes Geschichtsbewusstsein aus[zeichnete]“ (Bojadžijev 2008: 71). Vielmehr wurde sie allzu oft als eine Bewegung ohne Vorbild inszeniert. Ihre TrägerInnen standen für das neue Selbstbewusstsein der „zweiten Generation“, damit aber auch für die Abkehr von Kämpfen der Generation der Großeltern und der Eltern (vgl. Wihtol de Wenden & Leveau 2007: 58). Erstere hatten z.B. als Kolonialsoldaten in der französischen Armee gegen die nationalsozialistische Besatzung gekämpft und danach für ihre Anerkennung und ihre Renten gestritten. Letztere haben in Frankreich teilweise als Mitglieder des algerischen *Front de Libération Nationale* (FLN) den antikolonialen Befreiungskampf in Algerien in den 1950er und 1960er Jahren unterstützt, im September 1973 einen Generalstreik gegen Rassismus organisiert (vgl. Hajjat 2006: 83f) und von 1974 an einen langjährigen Mietstreik gegen Verteuerung und diskriminierende Einschränkungen durch die *Société Nationale de Construction de Logements pour les Travailleurs* (SONACOTRA) geführt (vgl. Abdallah 2000: 41-46). Statt diesen aus emanzipatorischer Sicht recht fruchtbaren Bezugsrahmen zu wählen und damit zugleich an die Geschichte und Kontinuität kolonialer und kultureller Dominanz zu erinnern,[6] hingen viele Kinder maghrebinischer ImmigrantInnen im Frankreich der frühen 1980er Jahre einer fragwürdigen Idee von panarabischer Solidarität v.a. mit den PalästinenserInnen an (vgl. Abdallah 2000: 70; Jazouli 1986: 64 und 191).[7] Unter anderem durch diese Abkehr von den Kämpfen älterer Generationen, deren Aktualität gut einen Monat nach Ankunft der „Marche“ in Paris durch rassistische Gewalt im Zusammenhang mit einem Streik schmerzhaft unter Beweis gestellt wurde,[8] konnte die durchaus mit einigem sozialen Sprengstoff versehene Kategorie „beur“ zum Modephänomen entpolitisiert werden:

> „Die aus der Marche hervorgegangene und in den Gazetten gefeierte ‘beur-Mode’ nimmt plötzlich eine andere Bedeutung an: Die beurs werden um so mehr aufgewertet, wenn sie eine Distanz zu ihrer Arbeiterherkunft bekunden, um so mehr gewürdigt, wenn sie nicht mehr als ‘arabische Arbeiter’ erscheinen“ (Beaud & Masclet 2006: 824; vgl. auch Abdallah 2000: 66; Bouamama 1994: 85).

Andererseits hat der Bruch der „génération des beurs“ mit ihren Eltern auch positive Effekte. Jenseits der Verfügungsgewalt des *pater familias* entsteht zunehmend ein Handlungsraum für junge Frauen, die sich massiv an der „Marche des Beurs“ und den nachfolgenden Aktivitäten beteiligen (vgl. Beaud & Masclet 2006: 821ff). Auch weiß Jazouli für die beginnenden 1980er Jahre von zahlreichen „beur“-Theatergruppen zu berichten, die Traditionalismus, patriarchale Familientraditionen und Religiosität zum Gegenstand von Auseinandersetzung und Kritik machen (vgl. Jazouli 1986: 93-104).

Neben dem geringen Geschichtsbewusstsein und der einseitig negativen Haltung zur Generation der Eltern besteht ein Versäumnis der „Marche"-Bewegung darin, sich nicht hinreichend gegen die Vereinnahmung durch die frisch an die Macht gelangten Sozialisten gewehrt zu haben. Der PS „hat alsbald in dieser sozialen Bewegung einen wahlstrategischen Glücksfall gesehen, der dazu geeignet ist, das 'linke Volk' um das Thema des Antirassismus zu sammeln" (Durmelat 1998: 194) und der Propaganda des FN etwas entgegenzusetzen. Der Fehler der „beur"-Bewegung lag darin, diese Politik mit einem Kampf zu ihren Gunsten verwechselt zu haben (vgl. Negrouche 1992: 47). Dies zeigt sich u.a. an der Beteiligung zahlreicher „beur"-AktivistInnen an der von Mitterrands BeraterInnen ausgedachten, mit reichlich staatlichen Geldern finanzierten und in Folge der „Marche" gegründeten Organisation *SOS Racisme*. Diese lehnt sich an Basisbewegungen an. Bereits ihr Name erinnert an *SOS Avenir Minguettes*, die Lyoner Gruppe, die 1983 im Rahmen des Hungerstreiks entstand. SOS Racisme präsentiert sich im Dezember 1984 bei der Ankunft des Motorroller-Korsos von Convergence 84 in Paris zum ersten Mal der Öffentlichkeit und verteilt tausendfach gelbe Anstecker mit einer abwehrend und signalartig erhobenen Hand und dem Slogan „Mach meinen Kumpel nicht an" (*Touche pas à mon pote*) darauf. Mit der Organisation großer antirassistischer Konzerte, deren Prinzip von *banlieue*-Initiativen wie *Rock Against Police* abgeguckt ist (im Juli 1985 kommen auf der Pariser Place de la Concorde allein 500.000 TeilnehmerInnen zusammen), oder der Wiederholung einer Sternfahrt mit Motorrollern nach Paris im Herbst 1985 gelingt es SOS Racisme, die Dynamik der „beur"-Bewegung zu kanalisieren und schließlich zum Erliegen zu bringen.[9] An die Stelle des Kampfes für soziale und politische Rechte tritt eine rein ethische Argumentation.

> „Die Streitigkeiten nach der Marche zwischen den beiden Lagern ihrer Wortführer (ethnisch-moralisch und radikal) sowie die Konkurrenz zwischen ihnen tragen zur vorherrschenden Position bei, die SOS Racisme alsbald in der sozialen und politischen Repräsentation der Immigrantenkinder einnehmen wird" (Beaud & Maclet 2006: 825).

Aus der moralisch argumentierenden Fraktion rekrutiert sich die neue „beur"-Elite – ein schulisch erfolgreicher, politisch oder kulturell engagierter und institutionell orientierter Teil der Bewegung, der polemisch auch „beurgeoisie" genannt wird. Neben SOS Racisme findet dieser Teil der Bewegung bei der ethno-kulturell definierten Gruppe *France-Plus*, die sich der Förderung der Integration der „beurs" in den Staatsapparat verschreibt, ein Zuhause (vgl. Wihtol de Wenden & Leveau 2007: 55-76). Die „beurgeoisie" bekommt den

politisch sanktionierten Auftrag „an die Stelle der ‘Rowdies der Bewegung’ zu treten, die die Revolte in den Wohnsiedlungen schüren, und desweiteren eine positive und brüderliche Botschaft an die Gesellschaft auszusenden“ (Abdallah 2000: 66f).

Von der „génération des beurs“ zu den Banlieuerevolten

Das bis hierhin entworfene Bild der „beur“-Bewegung soll im Folgenden dazu dienen, einen Vergleich mit migrantischen Kämpfen heute anzustellen. Zudem will ich auf deren strategischen Herausforderungen eingehen, die sich aus der Politik des ehemaligen Innenministers und heutigen Präsidenten Sarkozy ergeben.

Beaud und Masclet haben herausgearbeitet, was viele Jugendliche aus Immigrantenfamilien in Frankreich heute gegenüber der „génération des beurs“ auszeichnet.

> „Wir schlagen vor, sie im vorliegenden Zusammenhang ‘Generation der Wohnsiedlung’ (*génération de cité*) zu nennen. Die ihr Zugehörigen sind von Grund auf von den sehr dichten sozialen Beziehungen zwischen Kindern und Jugendlichen geprägt und sie erleiden alle in verschiedenem Ausmaß die sozialen und mentalen Auswirkungen des Wegschlusses, der sich in diesen Wohnorten entwickelt hat. Der gesellschaftspolitische Kontext, in dem diese Generation aufgewachsen ist, ist durch sozio-ökonomische Verarmung (Arbeitslosigkeit und strukturelle Prekarität der Beschäftigung, Niedergang der traditionellen Formen von Einbindung in den Wohnsiedlungen), die Verschärfung der schulischen Konkurrenz auf Kosten der am wenigsten mit kulturellem Kapital ausgestatteten Familien und die politische Destabilisierung (den Verlust des ‘natürlichen’ Bündnisses mit der Linken, das Ende der großen kollektiven Hoffnung, das Versagen der aufeinander folgenden Regierungen – der rechten wie der linken – bezüglich der Frage von Arbeitslosigkeit und Ungleichheiten) bestimmt“ (Beaud & Masclet 2006: 826f).

Zwar bestünden durchaus Gemeinsamkeiten mit der „génération des beurs“, etwa die relative Armut der Eltern und die Erfahrung von Rassismus. Dennoch komme es nur noch vereinzelt zu solchen kollektiven politischen Aktionen, wie sie die verschiedenen Initiativen der 1980er Jahre mit dem Höhepunkt der „Marche des Beurs“ darstellten. Mit den in den letzten 25 Jahren regelmäßig wiederkehrenden Revolten in den Vorstädten scheint sich vielmehr ein mit den *rodéos* vergleichbarer autodestruktiver Aktionsmodus durchgesetzt zu haben, der von fortschreitender Resignation zeugt. Begleitet wird diese Entwicklung von einer zunehmend ethnisierten Wahrnehmung der

Auseinandersetzungen, deren Grundlage eine rassistisch überdeterminierte Territorialisierung von Klassenverhältnissen ist (vgl. Lindner 2007: 464ff).[10]

Ein Blick auf die in Frankreich noch stark in der öffentlichen Erinnerung präsenten Vorstadtunruhen von 2005 untermauert dies. Zwar kam es dabei landesweit zu Revolten, und es konnte somit, ähnlich wie Anfang der 1980er Jahre, eine allein lokale oder regionale Orientierung überwunden werden. Dennoch war die Bewegung von 2005 nicht organisiert, sondern die Akteure bestenfalls televisuell aufeinander bezogen. Die Revolte fand in einem politischen Vakuum statt – vielleicht einer der Gründe dafür, dass es keine unmittelbaren, mit den Bewegungen der frühen 1980er Jahre vergleichbaren Erfolge gab. Dieses Vakuum kann unter anderem auf die paternalistische Vereinnahmung zurückgeführt werden, wie sie SOS Racisme mit dem Resultat praktiziert hat, dass antirassistische Organisationen mittlerweile kaum noch Ansehen bei den Jugendlichen in den *banlieues* genießen. Masclet hat in seiner Untersuchung herausgearbeitet, wie daher seit Mitte der 1980er Jahre in den Vororten „Aktivisten der Wohnsiedlung" (*militants de cité*) entstanden sind: sozial engagierte Jugendliche, die sich von politischem Engagement fernhalten (Masclet 2003: 173). Bereits bei den Banlieuerevolten der 1990er Jahre war eine Spannung mit der Linken zu beobachten, bzw. haben die in den Vorstädten an Einfluss gewinnenden IslamistInnen versucht, Aufstände zu verhindern (vgl. Lagrange 2006: 52ff). Immerhin hat sich in Folge der Revolten vom Herbst 2005 im Pariser Umland die Gruppe *AClefeu* (*Association Collectif Liberté, Egalité, Fraternité, ensemble, unis*) gegründet. Das Aufrufen der zentralen ideologischen Fundamente der französischen Republik („Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit") ist jedoch symptomatisch für eine recht staatstragende Argumentation, wie sie auch bei SOS Racisme zu finden ist. Zudem hat die AClefeu-Kampagne einer landesweiten Bestandsaufnahme der Missstände in den *banlieues* (vgl. AClefeu 2006) gezeigt, wie sehr lokal begrenzt und politisch isoliert die Initiative ist. Insofern wiederholt sich das Problem der Organisationsversuche nach der „Marche des Beurs", wie etwa der *assises nationales* (vgl. Jazouli 1986: 147f), nämlich jenseits der Bewegungszeiten eine dauerhafte landesweite Organisation aufzubauen.

Ein bemerkenswerter Unterschied zwischen den Kämpfen der zwei MigrantInnen-Generationen scheint mir auch, dass vormals das politische Bewusstsein immerhin so groß war, dass, wie oben gezeigt, der Wahlerfolg einer rechtsextremen Partei maßgeblich zur Entstehung einer migrantischen Bewegung beitragen konnte. Dies war im April 2002, als Le Pen in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen einzog, nicht mehr der Fall, wenngleich es breite gesellschaftliche Proteste gab, an denen sich auch

MigrantInnen beteiligten. Auch die Wahl Sarkozys 2007, der zwar kein Rechtsextremist ist, aber mit seinem brachialen Auftreten und den in den Vorjahren als Innenminister praktizierten Politiken VorortbewohnerInnen gegen sich aufgebracht hat (vgl. Demiati 2007), gab keinen Anlass zur Neuformierung einer migrantischen Bewegung. Die von der „Generation der Wohnsiedlung" initiierten Bewegungen basieren dagegen meist ausschließlich auf unmittelbarer Betroffenheit. So war 2005 der Tod zweier Jugendlicher auf der Flucht vor der Polizei der Auslöser für die Vorortrevolten.[11]

Schließlich muss festgehalten werden, dass sich das Migrationsprofil der „génération de cité" von dem der „beurs" unterscheidet. Erstere ist viel heterogener und speist sich aus folgenden Migrationsphasen:

> „zunächst der klandestinen Arbeitsimmigration, gefolgt von der Legalisierung und der Ankunft der Mütter und der Kinder (vor allem der marokkanischen und aus dem subsaharischen Afrika kommenden Familien); danach den zahlreichen juristischen Möglichkeiten, die es erlauben, der Familie nach Frankreich zu folgen; schließlich dem dauerhaften Aufenthalt ausländischer Studierender und der Flucht vor repressiven politischen Regimes und Bürgerkriegen" (Beaud & Masclet 2006: 839).

Die biographische Homogenität, die die „beurs" aufwiesen und die es unter anderem ermöglichte, dass sie sich durch die „Marche" selbst als neuer sozialer Akteur formierten (vgl. Durmelat 1998: 194f), sucht man heute bei ImmigrantInnen in Frankreich vergeblich. Dies liegt mutmaßlich auch daran, dass sich die Diskriminierung ausdifferenziert hat. Der Sozialwissenschaftler Pap Ndiaye hat herausgestellt, inwiefern sich anti-schwarzer von anti-arabischem Rassismus unterscheidet. Während Menschen mit nordafrikanischem Migrationshintergrund mit Abstand am häufigsten Opfer rassistischer Gewalt werden (vgl. Ndiaye 2008: 194f) – auch dies eine Konstante seit den 1980er Jahren –, erleiden schwarze Menschen in noch stärkerem Maße als erstere symbolische Gewalt (vgl. ebd.: 211ff) und soziale Ausgrenzung (vgl. ebd.: 59), vor allem wenn sie oder ihre Vorfahren aus dem subsaharischen Afrika kommen (vgl. ebd.: 169-178). Es ist insofern kein Zufall, dass ausgerechnet im Zusammenhang mit den Banlieuerevolten 2005 der *Conseil Représentativ des Associations Noires* (CRAN) gegründet wurde.[12] Inwiefern dieser einer bisher wenig in der politischen Öffentlichkeit präsenten Generation zu Ausdrucksmöglichkeiten verhelfen kann, wird die Zukunft zeigen müssen. Dass es ein Vierteljahrhundert nach der „Marche des Beurs" eine „Marche des Noirs" geben wird, scheint jedoch unwahrscheinlich. Die derzeit in Frankreich heiß diskutierte Frage der Herausstellung ethnischer Gruppenzugehörigkeit ist jedenfalls genauso wenig entschieden wie vor 25 Jahren, als sie im Kontext der „Marche des Beurs" gestellt wurde.

Der Sarkozysmus als neue Herausforderung für die Kämpfe der Migration in Frankreich

1981 war es Mitterrand, der nach seiner Wahl zum Präsidenten migrantische Bewegungen zu kanalisieren und in sein politisches Projekt einzubauen versuchte. Derzeit scheint sich diese Geschichte politischer Manipulation unter anderem Vorzeichen zu wiederholen. So sitzen in der aktuellen, in Folge der Europawahlen im Juni 2009 umgebildeten Regierung des Premierministers François Fillon erstmals Menschen aus so genannten sichtbaren Minderheiten. Darunter sind auch Frauen, deren Eltern aus Nordafrika nach Frankreich eingewandert sind – eine Neuheit, zumindest auf diesen Kommandohöhen des französischen Staates. Ndiaye hat diese Politik jedoch zu Recht als unzureichend kritisiert: Sie suggeriere Diversität lediglich, da sie nicht von strukturellen Maßnahmen gegen rassistische Diskriminierung begleitet werde (vgl. Ndiaye 2008: 301f).

Die Rolle, die die beiden kürzlich berufenen Staatssekretärinnen, Marie-Luce Penchard aus Guadeloupe (zuständig für die ehemaligen, mittlerweile dem französischen Staat einverleibten Kolonien in Übersee) und Nora Berra (zuständig für Senioren), deren Vater als algerischer Kolonialsoldat am Zweiten Weltkrieg teilnahm, spielen werden, hat sich noch nicht abgezeichnet. Anders verhält es sich bei den beiden Mitgliedern der ersten Regierung Fillon, die aus der „génération des beurs“ kamen. Fadela Amara, die mit einem für diese Generation absolut typischen Lebensweg (vgl. Amara & Abdi 2006: 9-63) 2007 Staatssekretärin für Stadtpolitik geworden ist, war bisher für einen Großteil der mit den *banlieues* verknüpften Fragen zuständig. Vor ihrem Amtsantritt wirkte sie als Vorsitzende von *Ni putes ni soumises* (NPNS), einem Verband, der im Jahre 2003 nach dem u.a. von Amara organisierten „Marsch der Frauen aus den Vierteln für die Gleichheit und gegen das Ghetto“ entstanden ist. Dieser Marsch, angelehnt an die Bewegung von 1983, von SOS Racisme unterstützt und dem damaligen konservativen Premierminister Jean-Pierre Raffarin in Paris empfangen, richtete sich gegen alltägliche Frauenfeindlichkeit und zunehmende Gewalt gegen Frauen in den *banlieues* (vgl. Amara & Zappi 2003: 85-112 und 123ff). Amaras Eintritt in die Regierung 2007 hat zu zahlreichen Austritten aus der vormals von ihr geleiteten Organisation bzw. zur Gründung einer konkurrierenden Struktur geführt (vgl. Insoumises 2007). NPNS nimmt heute gegenüber feministischen Kämpfen in den Vorstädten die gleiche kanalisierende Rolle ein, wie SOS Racisme gegenüber der „beur“-Bewegung – trotz und wegen der von ihrer Gründerin immer wieder beschworenen „Unabhängigkeit der

Bewegung“ (Amara & Zappi 2003: 130). Außerdem spielt der von NPNS propagierte „republikanische Feminismus“ asymmetrische Geschlechterverhältnisse gegen Klassenunterschiede und Rassismus aus und predigt eine abstrakt-heterosexuelle Moral (vgl. Guénif-Souilamas 2006: 14ff und 79ff).

Die zweite Frau aus der „génération des beurs“ im ersten Kabinett Fillon war die politisch wenig erfolgreiche und deswegen nun nach Brüssel abgeschobene Justizministerin Rachida Dati. Als autoritäre Hardlinerin hatte sie nach ihrem Amtsantritt mit zahlreichen Initiativen (der Einführung von Mindeststrafen für wiederholt straffällige Menschen, einem Gesetz zur „Sicherheitsverwahrung“ von als „gefährlich“ eingestuften Langzeitgefangenen auch nach Abbüßung ihrer Haftstrafe, einer antidemokratischen Gerichtsreform und der bisher nicht durchsetzbaren Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters von 13 auf 12 Jahre sowie der Abschaffung der autonomen und äußerst mächtigen UntersuchungsrichterInnen zugunsten der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften) zur repressiven Umstrukturierung des französischen Staates beizutragen versucht. Sie gehört der bürgerlich-rechten Präsidentenpartei UMP und nun auch der europäischen Fraktion der Konservativen an – anders als Amara, die eines der Feigenblätter von Sarkozys Politik der „Öffnung“ zur politischen Linken ist.

Während die 1965 geborene Dati die „beur“-Bewegung nicht als Antwort auf ihre Probleme begriff, da sie nach eigenen Angaben (und in Verkennung der weitreichenden, oben herausgearbeiteten Einsätze der Bewegung) zu Beginn der 1980er Jahre keinen „Bedarf ‘kultureller’ Anerkennung“ verspürte (Dati 2007: 64) und sich als in Frankreich Geborene nicht für irreguläre Immigration interessierte (vgl. ebd.: 65ff), nahm Amara 19-jährig an der „Marche des Beurs“ teil und war später bei SOS Racisme aktiv. Zumindest in Bezug auf ihre Person und ihr politisches Umfeld ist also die von Jazouli mit Blick auf die Bewegung von 1983 gezogene Schlussfolgerung für die Zukunft der migrantischen Bewegung von ungebrochener Aktualität:

> „Protest kann sich nicht in einem politischen und sozialen Zusammenhang entwickeln, in dem die Kämpfe umgehend institutionalisiert und sogleich mit rein instrumentellen Einsätzen verbunden werden. Mit anderen Worten, wir können davon ausgehen, dass heute die Existenz und Entwicklung eines noch vielseitigeren Gegners des kollektiven Handelns von Jugendlichen diese dazu zwingt, über die ritualhafte Anprangerung des für alle ihre Leiden verantwortlichen Rassismus hinauszugehen“ (Jazouli 1986: 163).

Für Jazouli besteht die Herausforderung der Kämpfe von MigrantInnen folglich darin, die Fähigkeit des politischen Gegners zu begreifen, „sich das Feld des sich ihm widersetzenden sozialen Konflikts anzueignen und teilweise seine Einsätze zu bestimmen“ (ebd.: 165). Nachdem in den 1980er

Jahren die parlamentarische Linke via SOS Racisme die durch soziale Bewegungen aufgeworfenen Fragen nach sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Ausgrenzung in eine Verbrüderung mit dem „Kumpel" transformiert hat, ist es heute Sarkozy, der den „Kampf gegen Diskriminierungen" zur „Förderung von Chancengleichheit" verschiebt. Er kann damit soziale Realitäten aufgreifen, um die andere Parteien einen weiten Bogen machen, wobei seine Originalität darin besteht, „Diversitätsstrategien" mit neoliberalen Anrufungen zu verbinden, also über rassistische Ausgrenzung bei gleichzeitiger Dethematisierung ihrer sozialen Strukturen zu sprechen (vgl. Lindner 2008: 38).

Lektionen für antirassistische Kämpfe

Mir scheint, dass sich aus den Erfahrungen der „beur"-Bewegung, der französischen Migrationsgeschichte der letzten 25 Jahre und der fortdauernden politischen Funktionalisierung von ImmigrantInnen bzw. Franzosen und Französinnen mit Migrationshintergrund durch die politisch Mächtigen, einige, bisweilen auch über den französischen Fall hinaus zu verallgemeinernde Konsequenzen ziehen lassen.

Zunächst scheint organisatorische Autonomie geboten. Distanz zu etablierten politischen Akteuren wie Parteien und Gewerkschaften, die sich oft als unfähig erweisen, die Probleme und Bedürfnisse der von Rassismus Betroffenen wahrzunehmen und ihnen Raum in der politischen Praxis zu geben, kann durchaus produktiv sein, sofern sie nicht in die politische Isolation führt. Diese Gefahr besteht dort, wo ethnische Essentialisierung zur Grundlage für antirassistische Kämpfe wird. Eine Autonomie, die rassistische Zuschreibungen in Rechnung stellt und diese zum Ausgangspunkt solidarisch-egalitären Handelns macht, ist demgegenüber von Vorteil.

Darüber hinaus stellt sich ob der oben herausgearbeiteten sozialen Heterogenität der „génération de cité" die Frage von Bündnissen. Wurde die „Marche des Beurs" von einer Zusammenarbeit von AktivistInnen bestimmt, deren Familien relativ einheitliche Geschichten hatten, besteht heute eine Herausforderung darin, eine Bewegung auf Grundlage der unterschiedlichsten Migrations- und Ausgrenzungserfahrungen zu konstituieren. Die Fortdauer eines zwar nuancierten, dennoch alle Gruppen von ImmigrantInnen und ihrer Nachkommen treffenden Rassismus ist dafür die ausschlaggebende Grundlage, die – bei aller notwendigen Sensibilität gegenüber Differenz – zur Formulierung kritisch-universalistischer Forderungen herausfordert.

Am vordringlichsten scheint mir jedoch, Kämpfe gegen Rassismus umfassend antiherrschaftlich zu kontextualisieren. Nur so lässt sich ihre

Vereinnahmung unter dem Etikett einer „Förderung von Chancengleichheit" verhindern. Zudem hilft die Einbeziehung anderer Herrschaftsverhältnisse in Auseinandersetzungen um Rassismus, neue Spaltungen entlang von Klassenfraktionierungen oder Geschlechtszuweisungen zu verhindern. In der „beur"-Bewegung waren diese entlang der Linie „arabisches Proletariat" vs. „beurgeoisie" deutlich zu besichtigen. Heute ist NPNS trotz der wichtigen Thematisierung von Gewalt gegen Frauen in den Vorstädten ein Beispiel dafür, wie verschiedene Herrschaftsverhältnisse gegeneinander ausgespielt werden können.

Schließlich ist besonders bei antirassistischen Kämpfen in Frankreich ein neues Geschichtsbewusstsein gefragt. Die Aufarbeitung der französischen Kolonialgeschichte steht auch bald fünfzig Jahre nach der Welle der Unabhängigkeitserklärungen französischer Kolonien noch in den Kinderschuhen. Bisweilen stellen groteske politische Initiativen wie das 2005 erlassene und mittlerweile aufgrund von Protesten an den entscheidenden Stellen revidierte Gesetz, das schulischen und universitären Lehrplänen die Hervorhebung der angeblich „positiven Rolle" des französischen Kolonialismus vorschrieb, oder die 2007 von Sarkozy in Dakar gehaltene kolonialchauvinistische Rede (vgl. Gassama 2008) diese Auseinandersetzungen vor besondere Herausforderungen. Die geringe Zahl von DemonstrantInnen, die sich jährlich am Pont St. Michel in Paris versammeln, dem Ort, an dem seit 2001 eine Gedenktafel an das Massaker erinnert, das die französische Polizei am 17. Oktober 1961 an algerischen DemonstrantInnen verübt hat, macht nicht den Eindruck, dass antirassistische Kämpfe diesen Herausforderungen gewachsen sind.

Au-delà du sarkozysme

Zum 25. Jahrestag der Ankunft der „Marche des Beurs" in Paris hat es landesweit keine größeren Veranstaltungen gegeben. Dies ist sicherlich symptomatisch für die Frustration über die politische Entwicklung seit Anfang der 1980er Jahre, die bei vielen TeilnehmerInnen der „Marche" zurückgeblieben ist. Dennoch: das Massenbewusstsein, dass die „zweite Generation" von ImmigrantInnen nach Frankreich gekommen ist, um zu bleiben, geht maßgeblich auf die „beur"-Bewegung zurück. Heutige migrantische Kämpfe müssen andere Ziele verfolgen. Der Fehler der Vergangenheit, der Reorganisation der Regulation von Immigration durch die Sozialistische Partei nicht genug kritische Aufmerksamkeit gewidmet zu haben, sollte sich dabei nicht wiederholen. Noch ist allerdings unentschieden, ob Sarkozy mit der von ihm angestrebten Reorganisation republikanischer Integration erfolgreich sein und welche Auswirkungen diese auf die sozialen Bewegungen

von Minderheiten haben wird. Zu hoffen wäre allemal, dass diese zukünftig in ihrer Herrschaftssubversion effizienter sind als die „Marche des Beurs“. Bis dahin bleibt diese Bewegung jedoch kritisch zu betrachtendes Vorbild und Lehrstück für antirassistische Kämpfe.

Anmerkungen

1 Die zeitgenössische Kritik am Ausdruck „beur“ ist auf zwei Ebenen angesiedelt. Erstens ist *verlan* eine vorwiegend im Großraum Paris verbreitete Mundart, so dass der landesweite Gebrauch des Ausdrucks von den nordafrikanischen Einwandererkindern aus der französischen Provinz abgelehnt wird (vgl. Jazouli 1986: 31, Fn.). Nicht ganz zu unrecht bemerkt die Romanistin Sylvie Durmelat, dass das Wiederauftauchen des landestypischen Konflikts zwischen Hauptstadtregion und restlichen Landesteilen bei den „beurs“ davon zeugt, wie sehr sich diese französischen Habitus zu eigen gemacht haben (vgl. Durmelat 1998: 201). Zweitens, so hebt der an der „Marche“ beteiligte Sozialwissenschaftler Saïd Bouamama hervor, birgt der Ausdruck die Gefahr einer „Verleugnung arabischer Identität“: „Hinter der beur-Mode und dem Multikulturalismus-Diskurs versteckt sich die Aufrechterhaltung eines Assimilationswillens und das Fortbestehen einer Situation sozialer Ungleichheiten“ (Bouamama 1994: 88). Erneut berechtigt weist Durmelat darauf hin, dass solch eine Kritik die Gefahr der Annahme einer essentialisierten „arabischen Ursprünglichkeit“ birgt (vgl. Durmelat 1998: 202).

2 Vgl. Jazouli 1986: 75-81; Mathieu 2006: 83-117; Negrouche 1992: 44f.

3 Vgl. Dubet & Lapeyronnie 1992: 160f und das Interview mit Kaïssa Titous in Abdallah & Fero 1993.

4 Vgl. Abdallah 2000: 67; Durmelat 1998: 197; Negrouche 1992: 50 und das Interview mit Mohand Said in Abdallah & Fero 1993.

5 Vgl. Abdallah 2000: 65; Beaud & Masclet 2006: 824f; Jazouli 1986: 171f; Negrouche 1992: 46.

6 Hajjat weist zu Recht darauf hin, dass das Zeichnen einer Kontinuitätslinie von den Kämpfen gegen den Kolonialismus zu denen der Migration oftmals das eindeutige Erfassen der strukturellen und gelegenheitsbedingten Triebfedern letzterer verhindert (vgl. Hajjat 2006: 77). Dies ist auch eines der zentralen Probleme der in den letzten Jahren viel öffentliche Aufmerksamkeit genießenden Gruppe *Indigènes de la République* (vgl. http://www.indigenes-republique.fr/; kritisch dazu: Lindner 2008: 39; Ndiaye 2008: 62f). Es kann in diesem Sinne nicht um eine einfache Kontinuitätsbehauptung bezüglich politischen Handelns gehen, sehr wohl aber sollte die Fortdauer bestimmter aus der kolonialen Situation resultierender Herrschaftsverhältnisse benannt werden.

7 Fragwürdig scheint mir dieser politische Bezug, da er nicht durch den unmittelbaren Erfahrungshintergrund eigener Konfrontation mit der Kolonialmacht (Frankreich in Nordafrika) gegeben ist, auf eine sicherlich herrschaftliche, aber nicht mit dem Kolonialismus vergleichbare Situation (im Nahen Osten) referiert, und in einer für Pan-Bewegungen typischen Art Interessensdivergenzen und Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern droht. In diesem Zusammenhang sollte allerdings nicht vergessen werden, dass auch der „franko-französischen“ Linken bezüglich der Festigung dieser wenig dienlichen Referenzen eine gewisse Verantwortung zukommt: Die Palästina-Solidarität gilt bis heute als eines der bevorzugten „Kommunikationsmittel“ mit arabischen ImmigrantInnen oder ihren Nachkommen, da eine politische Position, die deren spezifische Probleme in Frankreich reflektiert, oftmals kaum entwickelt wird. – Ich verdanke diesen Hinweis Erdal Kaynar.

8 Im Dezember 1983 kommt es zu einem Streik bei dem Autohersteller Talbot in Poissy bei Paris, in dessen Verlauf vor allem marokkanische Arbeiter, die entlassen werden sollen, die Fabrik besetzen. Am 5. Januar 1984 werden sie von Arbeitern der Betriebsgewerkschaft attackiert. Es dauert Stunden, bis die Polizei anrückt und unter rassistischen Rufen nicht streikender Arbeiter eingreift. Das Pariser Vorbereitungsbündnis der „Marche" ruft aus Solidarität mit den Angegriffenen gut eine Woche später zu einer Demonstration auf, kann aber lediglich einige hundert DemonstrantInnen mobilisieren (vgl. Abdallah & Fero 1993; Jazouli 1986: 137ff).

9 Vgl. Abdallah 2000: 68ff; Bouamama 1994: 118ff; Negrouche 1992: 49.

10 Nicht vergessen werden sollten in diesem Zusammenhang die Kämpfe, die die sog. *Sans Papiers* die 1990er Jahre hindurch geführt haben und mit geringerem Mobilisierungspotenzial bis heute führen. Mit der Besetzung und Räumung der Pariser Kirche Saint-Bernard erreicht diese Bewegung eine mit der „Marche" vergleichbare öffentliche Aufmerksamkeit bzw. politischen Zuspruch. Zudem gelingt es ihr, Aktionsformen, die bereits zu Beginn der 1980er Jahre experimentiert wurden, wie z.B. Hungerstreiks, zu einem verbreiteten Mittel politischer Auseinandersetzungen zu machen. Im Zusammenhang mit dem Sieg der Linken bei den Parlamentswahlen im Juni 1997 kommt es sogar zu einem an die Bewegung von 1983 angelehnten Marsch von Angoulême nach Paris, von dem eine Delegation von Premierminister Lionel Jospin empfangen wird. Durch ein geschicktes Versprechen von Legalisierung im Einzelfall wird die Bewegung gespalten und kommt schließlich zum Erliegen (vgl. Abdallah 2000: 78-106). Der Journalist und Filmemacher Mognis Abdallah sieht deren größten strategischen Fehler in „dem Fehlen einer inneren Verbindung mit der regulären Immigration" (Abdallah 2000: 97). Nicht zuletzt deswegen unterscheiden sich die Aktionsmodi der Sans Papiers von denen der „beurs" und der „Generation der Wohnsiedlung".

11 Ebenfalls aus unmittelbarer Betroffenheit führen v.a. muslimische Frauen in Frankreich seit Ende der 1980er Jahre immer wieder Kämpfe gegen ein Kopftuchverbot, zuletzt anlässlich eines im März 2004 verabschiedeten Gesetzes, das „das Tragen von Zeichen oder Kleidung, die eine religiöse Zugehörigkeit ausdrücken", in öffentlichen Schulen verbietet. Mir scheint es sinnvoll, sich gegen die Fortentwicklung des republikanischen Laizismus vom selbst auferlegten staatlichen Gebot zum autoritären Anpassungszwang besonders gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten zu wehren. Fatal ist allerdings die bisweilen von AntirassistInnen, z.B. dem Regisseur des Films *Un Racisme à peine voilé*, unternommene Suggestion, der Kampf gegen ein Kopftuchverbot falle mit dem Kampf gegen Rassismus in eins (vgl. Host 2004). Durch die Verteidigung des Kopftuchs wehren sich nicht einfach nur muslimische Frauen gegen die Dominanzansprüche der Mehrheitsgesellschaft. Gleichzeitig verteidigen islamische Patriarchen und IslamistInnen familiären Druck und religiöse Drohungen – einen Zustand, zu dessen Aufrechterhaltung auch Initiativen wie *Une école pour tous-tes* durch ihre Kooperation mit Kräften des politischen Islam beitragen. Bevor das Kopftuch unvermittelt zum „Gegenstand emanzipatorischer Kämpfe" (Maul 2006: 158) deklariert wird – mit den jeweils unterschiedlichen daraus abgeleiteten Konsequenzen: Verteidigung oder Bekämpfung –, sollte die Uneindeutigkeit des Symbols in Rechnung gestellt werden. Für die Verbreitung eines kritisch-universalistischen Antirassismus scheinen mir daher Kämpfe um das Kopftuch wenig geeignet.

12 Der CRAN ist eine Organisationsplattform schwarzer Gruppen, die sich für die Aufarbeitung von Sklaverei und Kolonialismus einsetzt sowie angemessene Erinnerungsformen fordern. Zudem tritt er für eine Verwirklichung des in der Verfassung kodifizierten Gleichheitsideals ein und zwar mittels spezifischer institutioneller Strategien, die partikulare gesellschaftliche Positionen einbeziehen und somit dem Spezifischen des anti-schwarzen Rassismus Rechnung tragen (vgl. http://www.lecran.org/).

Literatur und Filme

Abdallah, Mognis H. (2000): *J'y suis, J'y reste. Les luttes de l'immigration en France depuis les années soixante*. Paris.

Abdallah, Mognis H., & Ken Fero (1993): *Douce France: La Saga Du Mouvement Beur* (80 Min).

AClefeu (2006): *Les cahiers de doléances. La synthèse*, http://www.marianne2007.info/docs/ACLefeu-synthese-doleances.pdf, letzter Aufruf: 17. 1. 2009.

Amara, Fadela, & Sylvia Zappi (2003): *Ni Putes Ni Soumises*. Paris.

Amara, Fadela, & Mohammed Abdi (2006): *La Racaille de la République*. Paris.

Beaud, Stéphane, & Olivier Masclet (2006): „Des 'marcheurs' de 1983 aux 'émeutiers' de 2005. Deux générations sociales d'enfants d'immigrés“. In: *Annales*, Nr. 4, S. 809-843.

Bojadžijev, Manuela (2008): *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*. Münster.

Bouamama, Saïd (1994): *Dix ans de marche des Beurs. Chronique d'un mouvement avorté*. Paris.

Dati, Rachida (2007): *Je vous fais juges*. Paris.

Demiati, Nasser (2007): „Nicolas Sarkozy, ministre de l'Intérieur et pompier-pyromane“. In: Le Goaziou, Véronique, & Laurent Mucchielli (Hg.): *Quand les banlieues brûlent... Retour sur les émeutes de novembre 2005*. Paris, S. 58-76.

Dubet, François, & Didier Lapeyronnie (1992): *Les quartiers d'exil*. Paris.

Durmelat, Sylvie (1998): „Petite histoire du mot *beur*: ou comment prendre la parole quand on vous la prête“. In: *French Cultural Studies*, Vol. 9.2, Nr. 26, S. 191-207.

Gassama, Makhily (Hg.) (2008): *L'Afrique répond à Sarkozy. Contre le discours de Dakar*. Paris.

Guénif-Souilamas, Nacira (2006): *Les féministes et le garçon arabe*. La Tour d'Aigues.

Hajjat, Abdellali (2006): „L'expérience politique du Mouvement des travailleurs arabes“. In: *Contretemps*, Nr. 16, S. 76-85.

Host, Jérôme (2004): *Un Racisme à peine voilé* (77 Min).

Insoumises (2007): „'Insoumis(es)' en rupture. L'entrée de Fadela Amara au gouvernement provoque une cassure au sein de Ni putes ni soumises“. In: *Le Monde* vom 16. 11. 2007, S. 21.

Jazouli, Adil (1986): *L'action collective des jeunes maghrébins de France*. Paris.

Lagrange, Hugues (2006): „Autopsie d'une vague d'émeutes“. In: Ders. & Marco Oberti (Hg.): *Emeutes urbaines et protestations. Une singularité française*. Paris, S. 37-58.

Lindner, Kolja (2007): „Soziale Bewegungen und autoritärer Populismus. Proteste und Präsidentschaftswahlen in Frankreich“. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Nr. 148, S. 459-479.

Lindner, Kolja (2008): „Black, blanc, beur. Sarkozys 'regressiver Multikulturalismus' ist eine Antwort auf die Krise des französischen Republikanismus“. In: *iz3w. Informationszentrum 3. Welt*, Nr. 308, S. 37-39.

Masclet, Olivier (2003): *La gauche et les cités. Enquête sur un rendez-vous manqué*. Paris.

Mathieu, Lilian (2006): *La double peine. Histoire d'une lutte inachevée*. Paris.

Maul, Thomas (2006): *Die Macht der Mullahs. Schmähreden gegen die islamische Alltagskultur und den Aufklärungsverrat ihrer linken Verteidiger*. Freiburg.

Negrouche, Nasser (1992): „L'échec des associations franco-maghrébines issues de l'immigration (1980-1990)“. In: *Esprit*, Nr. 178, S. 41-52.

Ndiaye, Pap (2008): *La condition noire. Essai sur une minorité française*. Paris.

Ruß, Sabine (2009): „'Equité, parité, diversité' oder Wie die Republik 'Gleichheit' dekliniert“. In: Schild, Joachim, & Henrik Uterwedde (Hg.): *Die verunsicherte Französische Republik. Wandel der Strukturen, der Politik – und der Leitbilder?* Baden-Baden, S. 65-84.

Schmid, Bernhard (1998): *Die Rechten in Frankreich. Von der Französischen Revolution zum Front National*. Berlin.

Weil, Patrick (1995): „Racisme et discrimination dans la politique Française de l'immigration 1938-1945/1974-1995". In: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*, Nr. 47, S. 77-102.
Weil, Patrick (2004): *La France et ses étrangers*. Paris.
Wihtol de Wenden, Catherine, & Rémy Leveau (2007): *La bourgeoisie*. Paris.

Anschrift des Autors:
Kolja Lindner
kolja.lindner@sciences-po.org

Transfer, the European Review of Labour and Research

Published by the European Trade Union Institute (ETUI)



Financialisation of the economy
Volume 15, Number 2, Summer 2009

Against the background of the worst economic crisis in Europe since the Great Depression of the 1930s, this issue of Transfer considers some of the implications of the increasing 'financialisation' of our economies. It focuses on one of the most prominent features of what many see as a new 'regime' of financial capitalism – private equity.

Table of contents:

Andrew Watt and **Béla Galgóczi**
Financial capitalism and private equity – a new regime?

Glenn Morgan
Private equity in the UK context

Jürgen Kädtler
German chemical giants' business and social models in transition – financialisation as a management strategy

Alexandra Krieger
TUI AG – a group under pressure from the capital market. A workforce fights successfully against the break-up of its company

Isabelle Chambost, Christian Hoarau and **Patrick Roturier**
Social dialogue in France and reactions to the financialisation of the economy

Poul Nyrup Rasmussen
The need to regulate hedge funds and private equity

Janet Williamson
Tackling private equity – the role of the Trades Union Congress (UK)

Gaby Bonnand and **Emmanuel Mermet**
The social risks of LBOs and private equity: a trade union view

Dirk Bergrath
Private equity and the European metalworkers' unions

This issue's coordinators:
Torsten Müller and **Andrew Watt**

The European Trade Union Institute is a non-profit international association which conducts research and provides training on key European employment and labour policies. It has around 60 staff from a wide range of nationalities, and receives financial support from the European Community.

For more information from the ETUI on the economic and financial crisis please visit the ETUI website at: www.etui.org

The ETUI is financially supported by the European Community. The European Community is not responsible for any use made of the information contained in these publications.

etui.
european trade union institute